

Mann

jetzt Wehrpflicht?

Am 24. Januar 1962 beschloß die Volkskammer der DDR das „Gesetz über die Allgemeine Wehrpflicht“ (Wehrpflichtgesetz).

Der Verteidigungsminister der DDR, Armeegeneral Hoffmann, erklärte in seiner Begründung, daß unsere Regierung in den vergangenen Monaten eine Reihe prinzipieller Forderungen des Verteidigungsgesetzes vom 20. September 1961 verwirklicht und so einen wichtigen Beitrag zur Vereitelung der imperialistischen Kriegspläne geleistet hat.

Das Verteidigungsgesetz schuf bekanntlich die rechtliche Grundlage für die Durchführung notwendiger, politischer, ökonomischer und militärischer Maßnahmen, um die Verteidigungskraft der Republik zu erhöhen. Derartige Maßnahmen entsprechen den Rechten und Pflichten eines souveränen Staates, wie ihn in Deutschland allein die Deutsche Demokratische Republik verkörpert.

Die Deutsche Demokratische Republik ist schon immer ein souveräner Staat, und trotzdem wurde die Wehrpflicht bisher nicht eingeführt. Warum nicht? Warum werden die Söhne unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates erst jetzt durch die Wehrpflicht zur Nationalen Volksarmee gerufen, um die moderne Waffentechnik zu erlernen, um an Panzern und Geschützen, in Flugzeugen und auf den Schiffen der Volksmarine die Kampfkraft dieser Armee zu stärken?

Unsere Partei und Regierung haben lange damit gewartet. Sie haben ein Übermaß an Geduld gezeigt und immer und immer wieder der Bonner Regierung vorgeschlagen: Laßt uns verhandeln, laßt uns weder hüben noch drüben die Wehrpflicht einführen, laßt uns eine Zone verminderter Rüstung in Europa schaffen. Das ist besser, als sich bewaffnet gegenüberzustehen. Weit über 100 Vor-

schläge machte die Regierung der DDR, und jeder einzelne davon war von diesen Gedanken der Verständigung, der Zusammenarbeit, des friedlichen Zusammenlebens getragen. Erst am 3. Dezember 1961, also vor knapp zwei Monaten, hatte Otto Grotewohl im Namen der Regierung noch einmal die Initiative ergriffen, als er in einem Brief an Adenauer ein Minimalprogramm zur Verständigung beider Staaten über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens vorschlug.

Und wie verhielt sich Bonn? Wie verhielten sich Adenauer, Strauß, Schröder, ja, überhaupt der ganze Rattenschwanz Bonner Politiker von der CDU über die FDP bis hinüber zur rechten SPD-Führung? Haben sie darauf geantwortet? Sind sie überhaupt jemals auch auf nur einen Verständigungsvorschlag eingegangen? Über 100 wurden gemacht! Nicht ein einziger wurde von Bonn beantwortet!

Wir suchten und suchen die Verständigung, wir führten einseitig Abrüstungsvorleistungen durch, indem wir die Volksarmee auf 90 000 Mann beschränkten u. ä. m. Bonn aber hat alles ignoriert. Gepeitscht von dem Willen, die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandene Lage zu revidieren, wird gerüstet, wird die Bundeswehr auf gegenwärtig über 400 000 Mann gebracht, wird nach einem eigenen Kernwaffenpotential geschrien, wird Westdeutschland an die NATO gekettet und gleichzeitig die Vormacht in diesem Aggressionsbündnis angestrebt. Kaltblütig schlußfolgert das Bonner Regime: Sind wir militärisch und ökonomisch stark, dominieren wir in der NATO, dann wird es uns zu jeder Zeit möglich sein, alle NATO-Partner für unseren Revanchekrieg einzuspannen.

Die Bonner Militaristen und Imperialisten sollten sich an den 13. August 1961 erinnern. Sie sollten daran denken, daß ihnen die Deutsche Demokratische Republik an diesem Tag einen dicken Strich